

Ihr Bürgerservice informiert: Zensus 2011

Vorbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung

Im Jahr 2011 wird in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein Zensus, eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt - in Deutschland in weiten Teilen durch Nutzung vorhandener Angaben aus Verwaltungsregistern.

Da keine flächendeckenden Register mit den von der Europäischen Union geforderten Daten zu Gebäuden und Wohnungen vorhanden sind, wird es im Rahmen des Zensus 2011 zum Stichtag 9. Mai 2011 eine postalische Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) bei allen Eigentümerinnen und Eigentümern oder Verwalterinnen und Verwaltern von Gebäuden und Wohnungen geben. Aktuelle Informationen zum Angebot und der Nachfrage an Wohnraum dienen als Planungsgrundlage für den Wohnungsbau, werden für die Stadtentwicklung und für wohnungspolitische Entscheidungen auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene gebraucht. Zur Vorbereitung dieser GWZ findet ab Mitte November 2010 eine postalische Befragung bei ca. 700.000 Eigentümerinnen und Eigentümern oder Verwalterinnen und Verwaltern von Gebäuden und Wohnungen in Baden-Württemberg statt. Damit soll der Kreis der Befragten geklärt und Angaben aktualisiert beziehungsweise vervollständigt werden. Diese Befragung beseitigt also Unklarheiten, senkt die Kosten der Nachermittlung unklarer Angaben

und gewährleistet eine reibungslose Durchführung der GWZ im Jahr 2011. Die Beantwortung der Fragen kann postalisch oder online über das sichere Online-Meldeverfahren IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund) erfolgen. Für Rückfragen und weitere Informationen steht Ihnen ab Mitte November 2010 das Statistische Landesamt Baden-Württemberg von Montag bis Donnerstag zwischen 8:00 und 19:00 Uhr und Freitag zwischen 8:00 und 18:00 Uhr unter der kostenlosen Hotline 0800 58 87 854 gerne zur Verfügung. Sie können Ihre Fragen selbstverständlich auch per Fax (0711 641-6233) oder per E-Mail (gwz-vorinfo@stala.bwl.de) stellen. Rechtsgrundlagen, Hinweise zur Vorbereitung der GWZ und zum Zensus 2011 finden Sie unter www.zensus2011.de oder auf unserer Internetseite www.statistik-bw.de/zensus.

Gerne steht Ihnen auch der Bürgerservice Bretten - Frau Kern - für weitere Auskünfte zur Verfügung. Öffnungszeiten des Bürgerservice Bretten: Mo - Mi 7.30 - 16.30 Uhr, Do. 7.30 - 18.00 Uhr, Fr. 7.30 - 13.00 Uhr, Tel: 07252-921-180, Fax: 07252-921-188, Buergerservice@bretten.de

Arbeitskreis Klimaschutz informiert:

Neue Broschüre zum Klimawandel in Baden-Württemberg

Wenn sich Klima und Umwelt ändern, muss auch der Mensch reagieren. Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels wird daher - neben dem Klimaschutz - immer wichtiger, erläutert die Broschüre des Umweltministeriums Baden-Württemberg

Darin sind die aktuellen Erkenntnisse zum Klimawandel in Baden-Württemberg kompakt und übersichtlich zusammengestellt. Seit 1901 ist die Jahresmitteltemperatur im Land um über ein Grad Celsius gestiegen. Der größte Anstieg ist dabei erst in den letzten 30 Jahren erfolgt. Bis Mitte des Jahrhunderts werden die Jahresmitteltemperaturen in Baden-Württemberg voraussichtlich um weitere 0,8 bis 1,7 Grad Celsius steigen. Die Sommertage mit Höchsttemperatur von mindestens 25 Grad Celsius haben deutlich zugenommen und die Eistage mit Höchsttemperaturen unter dem Gefrierpunkt abgenommen. Diese Entwicklung werde sich in Zukunft landesweit fortsetzen, regional aber unterschiedlich ausgeprägt sein. Besonders betroffen seien Rhein- und Neckartal sowie die Bodenseeregion. Der Anstieg der Lufttemperatur werde sich auch auf die Artenvielfalt im Land auswirken. In den letzten 20 bis 30 Jahren seien Wärme liebende Arten insbesondere aus dem Mittelmeerraum nach Baden-Württemberg eingewandert und hätten sich ausgebreitet. Dies betreffe vor allem mobile Arten, wie Libellen, Stechmücken, Käfer und Schmetterlinge.

Warme und trockene Sommer, niederschlagsreiche Winter mit Hochwassergefahren sowie Extremwetterereignisse stellen eine Herausforderung dar und rücken den Gesichtspunkt der Anpassung an den Klimawandel in das Blickfeld. Mit der Einrichtung des Hitzewarndienstes, der Berücksichtigung des Klimawandels bei der Berechnung der Hochwasserschutzanlagen und der Niedrigwasser-Vorhersage der LUBW seien bereits beispielhafte Anpassungsmaßnahmen realisiert worden, die der Anpassung an die unvermeidbaren Klimaveränderungen Rechnung tragen. Dies kann aber nur der Anfang sein. Infrastrukturen müssen technisch auf die sich verändernden Bedingungen ausgerichtet werden. Die jüngsten Vorkommnisse mit der Klimatisierung im Zugverkehr der Bundesbahn sind ein warnendes Beispiel. In Stuttgart erhöhte sich die Zahl der Sommertage beispielsweise von 25 (1953) auf 45 (2009), während die Eistage im gleichen Zeitraum von 25 auf nur noch 15 zurückgingen. Karlsruhe hat schon jetzt circa 60 Sommertage, bis Mitte des Jahrhunderts kann man von 15 - 20 zusätzlichen Sommertagen ausgehen. Die Gesamtniederschläge werden sich künftig voraussichtlich kaum ändern, wohl aber die Verteilung der Niederschlagsmengen innerhalb des Jahres.



Bislang haben die Höchstniederschlagsmengen im Winter um bis zu 35 Prozent zugenommen, ebenso die Zahl der Hochwasserereignisse in den letzten 30 Jahren. Auch ist mit einer größeren Hochwassergefahr zu rechnen, ein Jahrhundert-Hochwasser am Neckar könnte bis zum Jahr 2050 15 Prozent mehr Wasser führen als bisher. Die Sommer werden hingegen tendenziell trockener. Dagegen besteht eine größere Wahrscheinlichkeit für häufigere und intensivere Starkniederschläge, die zu Hochwasser, Hangrutschen und Erosionen führen können. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Extreme in Baden-Württemberg zunehmen. Hochwasserkatastrophen wie aktuell in Sachsen, Südpolen und Tschechien könnten Vorboten solcher Entwicklungen sein. Zudem sind seit den 1980er Jahren die Zahl der Hageltage von etwa zehn Tagen pro Jahr auf nun 30 bis 40 Tage pro Jahr gestiegen. Fast 40 Prozent der durch Naturereignisse im Land verursachten Schäden wurden von Hagel verursacht. Auch in Zukunft ist mit Stürmen wie Lothar höhere Windgeschwindigkeit wird zu einer Verdreifachung der Schäden führen, wie die Forschungsergebnisse zeigen.

Klimawandel bietet auch Chancen: Während sich die Landwirtschaft relativ rasch durch eine neue Sortenwahl auf Klimaänderungen einstellen kann, muss im Obstbau und beim Forst die Sortenwahl auf die zukünftige Entwicklung vorausschauend abgestellt werden. In Landwirtschaft und Weinbau kann der Klimawandel auch Chancen bieten. So könnten bessere Anbaubedingungen für anspruchsvollere Rebsorten dem Weinbau positive Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Auch der Sommertourismus kann von der Zunahme der Bade- und Wandertage profitieren. Touristen könnten die ersten Badetage zukünftig 14 bis 21 Tage früher im Jahr genießen oder den Badeurlaub drei bis vier Wochen nach hinten verschieben. Schlechter sind dagegen die Aussichten für Wintersportler. In den Gipfellen des Schwarzwaldes wird mit 25 bis 44 Prozent weniger Schneetagen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts gerechnet. Die Broschüre ist im Rathaus derzeit vergriffen, kann aber auch über die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe, Internet: <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de> oder das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (Postfach 10 34 39, 70029 Stuttgart) bezogen werden.

Der Sozialverband VdK informiert:

Rente mit 67 - Arbeitsplätze fehlen

Das Netzwerk für eine gerechte Rente hat kürzlich seinen vierten Monitoring-Bericht zur Rente mit 67 vorgelegt.

Da wird deutlich, dass für ein Arbeiten bis 67 die Arbeitsplätze fehlen: Nur jeder Fünfte schafft den Übergang aus sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit in die Rente, in die Altersrente mit 65 sogar nur jeder Zehnte. Nur 25 Prozent der 60- bis 65-Jährigen hätten einen sozialversicherungspflichtigen Job. Bei den 63- und 64-Jährigen seien es sogar weniger als zehn Prozent. Fast ein Drittel der Arbeitslosen sei älter als 50.

Dies seien 900 000 Menschen. 2009 habe nur jeder vierte Arbeitslose über 55 Jahren noch Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden. Das Netzwerk, dem der Sozialverband VdK und andere Sozialorganisationen

angehören, appelliert deshalb an die Politik, die Rente mit 67 aus Eis zu legen, so lange Beschäftigte selbst bis 65 kaum eine Chance hätten, in Arbeit zu bleiben.

In allen sozialrechtlichen Angelegenheiten berät der Sozialverband VdK im Rahmen seiner Sprechstunden und Außensprechstage. Mitglieder werden auch bei sozialrechtlichen Streitfällen juristisch vertreten. Sprechzeiten in Karlsruhe: in der Geschäftsstelle Karlsruhe, Karlstr. 53-55, (Straßenbahnlinie 2,4 und 5) Haltestelle Mathystraße, Telefon 0721 932790, Fax 0721 9327979, E-Mail: rg-karlsruhe@vdk.de. Internet www.vdk.de/rg-karlsruhe

Aus dem Standesamt

Einträge vom 31.10.2010 - 7.11.2010

Geburten:

- 31.10.2010 Aurora Ferrara, weiblich
Giuseppina Ferrara geb. Savone und Antonio Ferrara, Lessingstr. 20, 75015 Bretten
- 05.11.2010 Mina Cakar, weiblich
Nebahat Cakar geb. Cukadaroglu und Mustafa Cakar, Pforzheimer Str. 42/2, 75015 Bretten
- 05.11.2010 Marie Exter, weiblich
Jana Exter geb. Holzwert und Michael Exter, Breitwiesen 24, 75015 Bretten
- 09.11.2010 Beyza Ünsal, weiblich
Esra Ünsal geb. Parlakkaya und Yildirim Ünsal, Brühlstr. 15, 75015 Bretten

Eheschließungen:

- 08.11.2010 Susann Löffler und Hartmut Jürgen Kempf, Friedenstr. 35, 75015 Bretten
- 11.11.2010 Jenny Zagar und Mladen Sever, Virchowstr. 20, 75015 Bretten

Sterbefälle:

- 07.11.2010 Katharina Sali geb. Fischer, Talbachstr. 25, 75015 Bretten, 90 Jahre
- 08.11.2010 Friedrich Martin Gaukel, Junkerstr. 20, 75015 Bretten, 83 Jahre
- 08.11.2010 Ottilia Maria Hausner geb. Donneberg, Robert-Koch-Str. 17, 75015 Bretten, 73 Jahre
- 08.11.2010 Franz Frank, Apothekergasse 6, 75015 Bretten, 83 Jahre
- 09.11.2010 Pius Schlee, Sophie-Scholl-Str. 17, 75015 Bretten, 75 Jahre
- 11.11.2010 Josef Drabek, Eichendorffweg 11, 75015 Bretten, 87 Jahre

Das Standesamt Bretten informiert:

Am Montag, dem 22.11.2010, ist das Standesamt Bretten wegen einer Weiterbildung erst am Nachmittag, in der Zeit von 14.00 - 16.30 Uhr besetzt! (vormittags von 08.00 - 12.00 Uhr werden nur Sterbefälle bearbeitet). Wir bitten um Beachtung!

Seniorencafe Backstube:

Weihnachtliche Bastelarbeiten bei Kaffee und Kuchen

Der Seniorenrat Bretten lädt alle Senioren am Donnerstag, 18.11.2010 ab 14:00 Uhr zu weihnachtlichen Bastelarbeiten bei Kaffee und Kuchen ein. Frau Ertz zaubert aus Papier mit der Faltechnik Origami kleine Kunstwerke und Frau Mader zeigt wie einfach stimmungsvolle weihnachtliche Bastelarbeiten entstehen können.

Amtsgericht Bruchsal • Vollstreckungsgericht

Zwangsversteigerung

Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll am Mittwoch, 08.12.2010, 8.30 Uhr im Gerichtsgebäude Bruchsal, Schlossraum 5, II. OG, Saal 202 folgender Grundbesitz versteigert werden, eingetragen im Grundbuch von Bauerbach Blatt 205 und 297

- Grundbuch von Bauerbach Blatt 205
- Flst.Nr. 4844/1 Kiesbuckel, Landwirtschaftsfläche 15,10 ar
- Flst.Nr. 5193 Schleichelrain Landwirtschaftsfläche 12,74 ar
- Flst.Nr. 5201/1 Schleichelrain Landwirtschaftsfläche 2,12 ar
- Flst.Nr. 5464 Klotzacker, Landwirtschaftsfläche 28,51 ar
- Flst.Nr. 5947 Kalkofen, Landwirtschaftsfläche 9,68 ar
- Flst.Nr. 6457 Altenberg, Landwirtschaftsfläche 54,44 ar
- Flst.Nr. 6601 Hinter der Ölmühle Landwirtschaftsfläche 13,46 ar
- Flst.Nr. 6663 Öpferacker, Landwirtschaftsfläche 50,08 ar
- Flst.Nr. 5509 Waschertal Landwirtschaftsfläche 17,07 ar
- Flst.Nr. 5766 Heiligenberg Landwirtschaftsfläche 88,98 ar
- Flst.Nr. 6121 Reit, Landwirtschaftsfläche 73,56 ar
- Flst.Nr. 6378 Teich, Landwirtschaftsfläche 19,01 ar
- Flst.Nr. 5369 Waldwingert, Landwirtschaftsfläche 15,54 ar
- Flst.Nr. 5383 Waldwingert Landwirtschaftsfläche 13,70 ar
- Grundbuch von Bauerbach Blatt 297
- Flst.Nr. 4350 Fröbelstraße 12, Gebäude- und Freifläche 20,57 ar
- Flst.Nr. 608/2 Obere Krautgärten, Landwirtschaftsfläche 1,03 ar (Bei Flst.Nr. 4350 - Blatt 297 - handelt es sich um ein Zweifamilienhaus mit Garagen-/Lagergebäude; Angabe in Klammer ohne Gewähr)

Die Verkaufswerte sind gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf: 270.000,00 Euro für Flst.Nr. 4350

500,00 Euro für Flst.Nr. 608/2
2.300,00 Euro für Flst.Nr. 4844/1
1.600,00 Euro für Flst.Nr. 5193
300,00 Euro für Flst.Nr. 5201/1
4.300,00 Euro für Flst.Nr. 5464
1.500,00 Euro für Flst.Nr. 5947
4.900,00 Euro für Flst.Nr. 6457
2.700,00 Euro für Flst.Nr. 6601
7.000,00 Euro für Flst.Nr. 6663
2.600,00 Euro für Flst.Nr. 5509
13.300,00 Euro für Flst.Nr. 5766
12.300,00 Euro für Flst.Nr. 6121
2.400,00 Euro für Flst.Nr. 6378
1.900,00 Euro für Flst.Nr. 5369
1.700,00 Euro für Flst.Nr. 5383

Gemäß §§ 67 bis 70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheitsleistung verlangt werden; die Sicherheit ist in der Regel in Höhe von 10 % des Verkehrswertes zu leisten. Bietvollmachten müssen öffentlich beglaubigt sein. Weitere Informationen unter: www.versteigerungspool.de Ritter, Rechtspflegerin

Entwurf Einzelhandelskonzept:

Auch in der Tourist-Info der Stadt Bretten einzusehen

Ein Einzelhandelskonzept ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadt- und Einzelhandelsentwicklung. Die Stadt Bretten möchte eine positive Entwicklung der örtlichen Einzelhandelsstruktur unterstützen und soweit möglich steuern.

Der Entwurf des Einzelhandelskonzeptes wurde vom Gutachterbüro Accocella in der Sitzung des Gemeinderates am 19. Oktober 2010 zur Diskussion gestellt. Der Gemeinderat hat den Entwurf zur Kenntnis genommen und die öffentliche Auslegung des Entwurfs (bis zum 29. November 2010) beschlossen. Bei diesem wichtigen Baustein der Stadtentwicklung ist eine breite Information und Einbindung der Betroffenen von großer Bedeutung.

Wer sich über die Inhalte des erarbeiteten Konzeptes und des Gutachtens informieren will, hat dazu im Rathaus der Stadt Bretten, im Amt für Stadtentwicklung und Baurecht (2. OG, vor Zimmer 420), die Möglichkeit, sich in den Entwurf des Konzeptes einzulesen und Stellungnahmen abzugeben. Auf Wunsch mehrerer Bürger liegt nun auch ein Exemplar in der Tourist-Info, Melanchthonstraße 3 für Interessenten bereit. Außerdem ist seit mehreren Wochen eine Präsentation im Internet unter <http://www.bretten.de> unter den Unterthemen „Aktuelles“ sowie „Stadtentwicklung und Bauen“, im Themenfeld Innenstadt/Einzelhandel einzusehen.

Keine Gebührenerhöhung:

Kreistag beschließt Abfallgebührenkalkulation

Änderung der Wertstoffsammlung ab 2012

Der Kreistag stimmt in seiner Sitzung vom 11. November der Abfallgebührenkalkulation für das kommende Jahr 2011 zu. Das wichtigste für die Einwohner: trotz steigender Entsorgungskosten bleiben die Abfallgebühren konstant. Dies wurde unter anderem möglich, nachdem die Fortschreibung des Nachsorgegutachtens für die Kreisdeponien für weitere Gebührenerhöhungen sorgt.

Neu ist, dass künftig nur noch eine Sperrmüllabfuhr pro Jahr in der Gebühr enthalten ist. Damit reagiert der Kreis auf den Umstand, dass nur 3 % aller Haushalte die bisherigen zwei Abfuhr pro Jahr in Anspruch nimmt.

Da die kostenfreien Abfuhr aber von allen Gebührenzahlern getragen wird, soll künftig verursachergerecht abgerechnet werden, weshalb der Kreistag die entsprechende Satzungsänderung beschloss. Für eine grundsätzliche Änderung hat sich der Kreistag auch im Hinblick auf die Wertstofftonne ausgesprochen. Er reagierte damit auf die Erklärung der Dualen Systeme, die gemeinsame Wertstofftonne auf Dauer nicht mitzufinanzieren. Leichtverpackungen aus Holz, Metallen, Kunst- und Verbundstoffen sollen deshalb ab 2012 zusammen mit sonstigen Abfällen aus diesen Materialien in einer Verpackungs- und Wertstofftonne, Altpapier gemeinsam mit Verpackungen aus Pappe, Karton und Papier in einer eigenen Altpapier- und Wertstofftonne gesammelt werden. Diese

soll auf freiwilliger Basis angeboten werden; wer möchte, kann sein Altpapier auch weiterhin gemeinnützigen Sammlungen von Vereinen oder caritativen Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Die Verwaltung hat nun den Auftrag, auf diese Grundlage die weiteren Verhandlungen zu führen. Des weiteren beschloss der Kreistag, die bisherigen Geschäftsanteile des Landkreises an der Gesellschaft für Abfallwirtschaft GfA sowie an der zugehörigen Verwaltungsgesellschaft zum Ende des Jahres an den Hauptgesellschafter zu veräußern. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass sich das Aufgabenfeld der GfA gewandelt hat. Während sie in den ersten Jahren fast ausschließlich im Auftrag des Landkreises tätig war, wurde sie seit Mitte der 90er Jahre immer mehr privatwirtschaftlich tätig. Als Gesellschafter müsste der Kreis über Geschäfte entscheiden, die mit seinen Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger kaum mehr etwas zu tun haben.

Wegen dem Weihnachtsmarkt vom 3. bis 19. Dezember 2010 auf dem Marktplatz wird der Wochenmarkt am Mittwoch, 1. Dezember 2010; Samstag, 4. Dezember 2010; Mittwoch, 8. Dezember 2010; Samstag, 11. Dezember 2010; Mittwoch, 15. Dezember 2010; Samstag, 18. Dezember 2010 vom Marktplatz in die Fußgängerzone verlegt.

Wir bitten um Beachtung.